

Programmvorschau | Mitteilungen | Meinungen



Frieden in Bewegung | Ostermarsch Abrüsten statt Aufrüsten

Kundgebungen in Offenbach: Für Vielfalt und Solidarität - gegen Rassismus

Berichte und Ankündigungen



NaturFreunde Friedenswanderung quer durch Deutschland "Frieden in Bewegung"

Die Hessen sind mit dabei! Die Friedenswander*innen sind vom 4. bis 6. Juni auch in unserer Region!

Erste Informationen über die geplanten Veranstaltungen der Frankfurter NaturFreunde

Weil der Frieden derzeit besonders bedroht ist, rufen die NaturFreunde Deutschlands zu einer großen Friedenswanderung von Norddeutschland bis zum Bodensee auf. Die Wanderung orientiert sich an verschiedenen Fernwanderwegen und ist in 65 Tagesetappen aufgeteilt.

Gemeinsam in einem breiten Bündnis tragen die NaturFreunde den Friedensgedanken zu so vielen Menschen wie möglich, um einen Dialog auszulösen und das bestehende System der Militarisierung zu hinterfragen.

Nachdem die Friedenswanderung im vergangenen Jahr coronabedingt abgesagt werden musste, starten die NaturFreunde einen neuen Versuch, um damit auf die aktuellen friedenspolitischen Entwicklungen aufmerksam zu machen. Diese sind nämlich beunruhigend: Rund um den Erdball toben mehr als 30 Kriege und bewaffnete Konflikte. Unter dem Stichwort "Ausrüsten" wurde in Deutschland die größte Rüstungsspirale nach 1955 in Gang gesetzt. Unser Land ist einer der weltweit größten Waffenexporteure - bevorzugt in Konfliktgebiete und zu Unrechtsregimen. Deshalb fordert auch der Schirmherr von "Frieden in Bewegung", der Liedermacher Konstantin Wecker in seinem Grußwort: "Endlich Lockdown für Rüstung und Militär." Mehr Infos hierzu: www.frieden-in-bewegung.de

Das Engagement für Frieden hat bei den NaturFreunden eine lange Tradition. Schon in den 1950er Jahren mit der Unterstützung der Bewegung "Kampf dem Atomtod" und den Ostermärschen der 1960er Jahre. Gerade in Hessen spielte bei der Organisation der Ostermärsche die Naturfreundejugend eine herausragende Rolle. Stellvertretend dafür seien Hanne und Klaus Vack, Fritz Amann und Manfred Geiss genannt. Die Friedenswanderung 2021 knüpft an diese Traditionen an. "Frieden in Bewegung" wirbt für Abrüstung, ein Rüstungsexportverbot, eine atomwaffenfreie Welt und eine neue Entspannungspolitik.

Auf ihrem Weg kommen die Wander*innen auch durch unsere Region.

Am **4. Juni** beginnt die Etappe in Bad Homburg und endet beim Naturfreundehaus "Am Poloplatz" in Frankfurt-Niederrad.

Für Freitag **5. Juni** ist ein Stadtgang in der Alt- und Innenstadt mit einer Mischung aus Geschichte und Geschichten von Siggi Heß (NF Frankfurt) mit diesen Stationen geplant:

Römerberg (NS-Zeit/Bücherverbrennung, Rock gegen Rechts, Ostermarsch), Altstadt/Dom (erste Jüdische Gemeinde), Museum Judengasse, Konstabler Wache (Ghetto Judengasse), Hauptwache (Wachesturm, Friedrich und Annette Stolze), Paulskirche (Gedenktafel Johanna Kirchner, Paulskirchenversammlung). Tagesabschluss wird eine Kundgebung sein.

Am **6. Juni** ist das Ziel der Friedenswanderung das Naturfreundehaus Waldheim Egelsbach-Erzhausen. Stationen an diesem Tag sind u. a. Luftbrückendenkmal (ehemalige Rhein-Main-Airbase am Frankfurter Flughafen) und das KZ Außenlager Walldorf.

Vielleicht habt ihr Interesse eine der Veranstaltungen zu besuchen oder bei der Friedenswanderung zu unterstützen. Wer mitarbeiten will, (von Wanderleitung bis Küchenhelfer) meldet sich bei fooeffentlichkeit@naturfreunde.de .

Bitte merkt Euch den Termin schon mal vor. Sobald bekannt ist, wie wir die Frankfurter NaturFreunde unterstützen können, erhaltet ihr diese Infos über unseren Newsletter.

Offenbach ist und bleibt bunt - Kein Platz für Hass und Hetze

Bei vier Kundgebungen und Demonstrationen im Februar und März hat sich wieder gezeigt, dass es in Offenbach ein breites Bündnis für Vielfalt und Solidarität gibt.

Die AfD Offenbach hatte für den 12. Februar eine Kundgebung mit Björn Hocke angekündigt. Direkt nach Bekanntwerden haben viele Organisationen Gegenkundgebungen angemeldet. Wir haben uns dann sehr schnell auf eine gemeinsame große Veranstaltung geeinigt. Dann kam die Mitteilung, dass die Kundgebung der AfD für den 12. Februar abgesagt wurde. Wir haben trotzdem an diesem Tag eine kleine Kundgebung vor dem Rathaus gemacht und verdeutlicht, dass rechte Hetze bei uns keinen Platz hat.



Am 19. Februar, dem Jahrestag der Morde in Hanau, gab es eine Demonstration und Kundgebung in Offenbach, die von zahlreichen Organisationen unterstützt wurde. Sie begann am Polizeipräsidium und endete am Rathaus. Hunderte Menschen haben teilgenommen und die Forderungen der Angehörigen der Opfer von Hanau nach lückenloser Aufklärung und Konsequenzen unterstützt.

Kurzfristig bekamen wir die Information, dass die Kundgebung der AfD mit Björn Höcke nun am 4. März stattfinden wird. Wir waren gut vorbereitet. Unter dem Dach vom Bündnis "BUNT statt braun in Stadt und Kreis Offenbach" haben weitere 36 Organisationen zur gemeinsamen Gegenkundgebung in Hörund Sichtweite der AfD-Veranstaltung aufgerufen. Zu unserer Kundgebung sind mehr als 1.000 Menschen gekommen und haben den knapp 50 Teilnehmer*innen der AfD-Kundgebung mehr als deutlich gezeigt, dass sie in Offenbach auf geschlossenen Widerstand gegen rechte Hetze und Rassismus stoßen.



Im Vorfeld der Kommunalwahl haben wir bei Info-Ständen der VVN-BdA Kreis Offenbach die Zeitung "Demokratie wählen" der VVN-BdA Hessen und einen Flyer über die AfD Offenbach verteilt. Die AfD Offenbach hatte sich erhofft, durch Björn Höckes Auftritt Stimmen bei der Kommunalwahl zu gewinnen. Erfreulicherweise hat die AfD in den Kommunen und im Kreistag 37% ihrer Sitze verloren.

Rassistisch motivierte Diskriminierung ist für viele Menschen in den verschiedensten Lebensbereichen, eine alltägliche Erfahrung, die allzu oft gesellschaftliche Teilhabe verhindert. Am 21. März ist der Internationale Tag gegen Rassismus. Am Vortag hatte das Bündnis bei einer Demonstration und Kundgebung dazu aufgerufen, im Alltag klar Position gegen Rassismus in unserer Gesellschaft zu beziehen. Rassistische Äußerungen dürfen nicht unwidersprochen bleiben. Für Betroffene fordert das Bündnis ein unabhängiges Antidiskriminierungsbüro für die Stadt und Kreis Offenbach und fordert von den neu gewählten Vertreter*innen in den Kommunen und im Kreistag, sich für die Einrichtung und Finanzierung eines professionell besetzten Antidiskriminierungsbüros einzusetzen.

Aufruf zum Ostermarsch 2021 in Frankfurt

Abrüsten statt Aufrüsten

Es braucht Druck von unten, damit dieses Gebot wirklich werden kann!

Die Corona-Pandemie wirkt als Brandbeschleuniger in aktuellen Konflikten und gesellschaftlichen Gewaltverhältnissen. Das Gespenst des Nationalismus zerstört den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die multilateralen internationalen Bündnisse. "Ich zuerst!" statt "Wir gemeinsam!" Dazu kommt ein menschenverachtender Umgang mit Flüchtenden. Weltweit steigen die Rüstungsausgaben, statt in Gesundheit, Bildung und sozial-ökologischen Umbau zu investieren.

Vor allem durch Abrüstung und den Aufbau gegenseitigen Vertrauens können die weltweiten Probleme gelöst werden. "Abrüsten statt aufrüsten" ist das Gebot der Stunde. Unsere Zivilisation ist auf Gegenseitigkeit angewiesen, um Frieden zu schaffen und gut miteinander zu leben. Immer neue Kriegs- und Zerstörungsmittel passen nicht in die eine gemeinsame friedliche Welt.

Auf die Tagesordnung gehört eine neue Friedens- und Entspannungspolitik, ein System gemeinsamer Sicherheit und kontrollierter Abrüstung in Europa und weltweit. Menschliche Sicherheit kann nicht militärisch erreicht werden, sondern ist Frucht gerechter Politik und nachhaltigen, fairen Handelns. So muss unbedingt der vor geraumer Zeit eingestellte Dialog mit Russland wieder aufgenommen werden; dies auch gerade angesichts des anstehenden 80sten Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion.

Die Einsicht wächst, dass ohne Druck auf die Regierenden sich nichts bewegt. Dies gilt für alle gesellschaftlichen Konflikte. Deshalb wollen wir beim Ostermarsch mit allen demokratischen, sozial-ökologischen und antirassistischen Bewegungen gemeinsam demonstrieren.

Unsere Forderungen sind:

- Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr
- Verzicht auf nukleare Teilhabe; stattdessen Unterzeichnung des völkerrechtlich verbindlichen UN-Atomwaffenverbotsvertrages
- Stopp der Rüstungsexporte, insbesondere an die Türkei und Saudi-Arabien
- Stopp aller Aufrüstungsprogramme wie z.B. Kampfdrohnen und Kampfbomber, keine Wirtschaftsförderung der deutschen Rüstungsindustrie
- gesellschaftliche und internationale Solidarität statt rechter Demagogie, rassistischer Ausgrenzung und Wirtschaftssanktionen
- internationale Zusammenarbeit zur globalen Bewältigung der Corona-Pandemie und entschiedener Kampf gegen Umwelt- und Klimakatastrophen

Deswegen sagen wir: Abrüsten statt Aufrüsten!



Ostermarsch 2021 in Offenbach

5. April - 10.30 Uhr - Auftaktveranstaltung Stadthof (Rathaus) anschließend gemeinsamer Weg zum Frankfurter Römer zur Abschlusskundgebung um 13 Uhr

Atomwaffen sind geächtet!

Offenbach in einer Reihe mit Brüssel und New York

Weltweit wurde gefeiert. In Offenbach gab es bei der Kundgebung eine Lichtinstallation, so wie auch in Brüssel und New York. Der Atomwaffen**verbot**svertrag trat am 22.1.2021 in Kraft und wird damit Teil des Völkerrechts. Wir haben das über 50 Staaten zu verdanken, die ihn ratifiziert hatten, zum Teil gegen den Druck der USA.

Natürlich gelten seine Bestimmungen zunächst nur für die Staaten, die ihm beigetreten sind. Dazu gehören leider Deutschland und die Atomwaffenstaaten nicht. Nun wird sofort eingewendet, dann könne dieser Vertrag nichts nützen. Aber die Verächter dieses Vertrages täuschen sich. Aus der Geschichte von erfolgreichen Abrüstungsbemühungen kann man etwas anderes lernen. Die Verbote von biologischen und chemischen Waffen sind von zivilen Organisationen auf die Tagesordnung gebracht worden und nicht von den Besitzern dieser Waffensysteme. Die Verbote haben diese Waffensysteme nicht aus der Welt geschafft, aber zurückgedrängt. Das Tabu, diese Waffen einzusetzen, wurde gestärkt. Und genau in dieser Richtung wird der Atomwaffenverbotsvertrag wirken. Das brauchen wir, und nicht etwa eine weitere Aufrüstung und Modernisierung von Atomwaffen. Tatsächlich wünscht eine große Mehrheit der deutschen Bevölkerung eine Ächtung der Atomwaffen.

Die Stadtverordneten von Offenbach hatten schon am 14. November 2019 die Bundesregierung aufgefordert, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Zusammen mit Offenbach hatten 107 weitere Städte sowie vier Bundesländer, nämlich Bremen, Berlin, Rheinland-Pfalz und Hamburg in dem ICAN-Städteappell diese Forderung im Interesse ihrer Bürger*innen vorgebracht.

Offenbach hatte also allen Grund zu feiern. Durch den Lockdown fiel die Feier natürlich kleiner aus. etwas 40 Menschen waren dabei.

Die Offenbacher Friedensinitiative hat eingeladen und viele Organisationen nahmen teil. Es gab einen Redebeiträge von Elisabeth Saar (ICAN-Botshafterin) und Frau Dr. Ursula Schoen. Beide gaben der Hoffnung der Menschen Raum auf eine Welt ohne atomare Schrecken. Dann gab es viele Beiträge mit Danksagungen an die Staaten, die durch Ratifizieren des Vertrags nun diesen wichtigen Schritt in Richtung einer friedlicheren Welt ermöglichten.



Christa Führer-Rößmann

Mehr dazu auf unsere Internetseite: www.offenbacher-friedensinitiative.de www.nuclearban.de

ATOMWAFFENVERBOT IST VÖLKERRECHT

Es gab eine großartige Projektion auf dem Rathausgebäude. Man sah das Symbol von ICAN, das den Sieg der Friedensbewegung über diese schrecklichste aller Waffen schon mal vorwegnimmt. Daneben waren die Flaggen von allen 50 Staaten zu sehen, die durch ihre Ratifikation das Verbot zu einem Bestandteil des internationalen Rechts gemacht haben.



Jetzt also doch:

Ein Lieferkettengesetz

- aber dem Nötigsten - und durchaus Möglichen - werden die Zähne gezogen

Mit der vom Kanzleramt durchgesetzten "Einigung" zwischen den Ministern Heil (SPD) und Müller (CSU) einerseits und Altmaier (CDU) andererseits hat man einem durchaus möglichen Mittel zur Begrenzung von Menschenrechtsverletzungen in internationalen Lieferketten entscheidend "die Zähne gezogen".

Was zunächst gar nicht so sehr auffällt, ist die Namensänderung: Vom *Lieferketten-* zum *Sorgfaltspflichten-*Gesetz. Und doch sagt das sehr viel aus: Es geht nicht mehr um die Gesamtheit der zuliefernden Ketten, sondern nur noch um die unmittelbaren Geschäftspartner. Für Unternehmen wie Lidl, Aldi und Co. hieße das konkret, dass sie bei Bananen nur eine Handvoll direkter Zulieferer in den Blick nehmen müssten, anstatt die Plantagenbetreiber in Ecuador. Gesundheitsschädigende Pestizideinsätze und schlimmste Ausbeutung finden aber auf den Plantagen statt, nicht bei den direkten Zulieferern in Deutschland. Allgemein ist doch bekannt, dass die meisten Menschenrechtsverbrechen gerade am Anfang der globalen Ketten stehen - und genau das blendet der Gesetzentwurf aus.

Das setzt sich auch - irgendwie folgerichtig - in der Auswahl der in die Pflicht genommenen Unternehmen fort. Von den rund 7.280 Unternehmen (mit über 500 Mitarbeitenden), die im Entwurf von Heil/Müller noch vorgesehen waren, sind im "Kompromiss" mit Altmaier gerade mal etwa 600 Unternehmen (mit jeweils über 3.000 Mitarbeitenden) übriggeblieben, und zwar ab dem 1. Januar 2023. Ab 2024 sollen es dann 2.891 Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten sein.

Was der Entwurf völlig außer Acht lässt, ist, dass es Branchen gibt, die einerseits besonders "anfällig" für Menschenrechtsverletzungen sind (Textilien, IT- und Kfz.-Branche...); andererseits aber viele Akteure in den Lieferketten haben, die sich nicht gerade durch große Belegschaften auszeichnen. Die gingen "vergessen".

Grundlage des neuen Gesetzesentwurfs sollten ja die Leitprinzipien für Menschenrechte und Wirtschaft der Vereinten Nationen (UN) aus dem Jahr 2011 sein. Bei allen Schwächen dieser Leitprinzipien (und ihres unzureichenden völkerrechtlichen Status) muss man aber doch sehen, dass sie die Frage der Sorgfaltspflicht der Unternehmen in vier "Essentials" sehr klar ausbuchstabieren: Nach (1) Risikoanalyse und Folgeabschätzung, sind das (2) das (rechtzeitige) Ergreifen geeigneter Gegenmaßnahmen und (3) Transparenz. Dazu kommt aber noch - und das ist als Hebel zur Durchsetzung ganz entscheidend - der Punkt (4) Zugang zu Entschädigung. Genau das wird aber jetzt ausdrücklich ausgeschlossen. Übrig bleiben mögliche Bußgelder; kalkulierund notfalls einpreisbar. Das Recht der Geschädigten bleibt so auf der Strecke!

Dass Menschenrechtsfragen in vielen Aspekten mit solchen aus dem Bereich Umwelt-/Mitwelt-Schutz eng verzahnt sind, ist nicht neu; die Problematik "Klimaflüchtlinge" ist da nur eine der bekanntesten. Nicht nur, dass der Entwurf diesen Aspekt fast völlig ausblendet; er geht noch hinter völkerrechtlich gültige Verträge zurück, die die Bundesrepublik längst unterschrieben hat.

Anne Jung von medico international meinte bei unserer Veranstaltung im Bücherturm, manchmal seien neue Gesetze schlechter als ein gesetzloser Raum - verhinderten sie doch auf lange Jahre, dass die Probleme wieder auf den Tisch kommen.





Man muss befürchten, dass es sich hier um einen solchen Fall handelt.

Es bleibt, auf die laufenden Verhandlungsprozesse bei der EU und vor allem bei den UN zu schauen - und Druck auf eine (neue) Bundesregierung aufzubauen, dort Zukunftsweisenderes zu unterstützen. Sonst könnte das jetzt in Deutschland geplante Gesetz vielleicht doch (bald) wieder Makulatur werden.

Günter Burkart

Anforderungen der Initiative Lieferkettengesetz - Deutschland an eine "Nachbesserung" des Sorgfaltspflichten-Gesetzes

- "Vollumfängliche Sorgfaltspflichten nicht nur für den eigenen Geschäftsbereich und unmittelbare, sondern auch mittelbare Zulieferer"
- "Eine Ausweitung des Geltungsbereichs auf alle Unternehmen mit über 250 Mitarbeitenden sowie auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in Sektoren mit besonderen menschenrechtlichen Risiken"
- "Eine explizite zivilrechtliche Haftungsregel, wonach Unternehmen vor deutschen Zivilgerichten für Schäden haften, die sie durch Missachtung ihrer Sorgfaltspflichten verursacht haben"
- "Einführung eigenständiger umweltbezogener Sorgfaltspflichten"

Heil hatte bei der Vorstellung des Gesetzes die Chuzpe, zu sagen: Der Satz von der Würde des Menschen gelte weltweit. Es stellt sich heraus: Sein Anspruch ist weniger wert als 60.000 € für Mittelständler und eine halbe Million für Konzerne.

"Diese Beträge nämlich hatte die Wirtschaftsvereinigung Metalle errechnet als die (jährlichen!) Kosten der Überprüfung der eigenen Lieferketten - und sie "unerträglich hoch" genannt. Unerträglich wären also, "umgerechnet, für einen Mittelständler das Brutto-Jahresgehalt e i n e s (nicht mal "höheren") Mitarbeiters; für DAX-Unternehmen wären es rund 10% des durchschnittlichen Gehalts eines Vorstandsvorsitzenden."

Pepe Egger in: der Freitag 8/2021 - Seite 5

Unser NaturFreund Eric starb am 28. Dezember 2020 im Alter von 68 Jahren. Er war seit 1981 Mitglied unserer Ortsgruppe und hätte dieses Jahr das 40-jährige Jubiläum feiern können.

Auf der Mühle fing es an. An jedem Wochenende wurde nicht nur ausgiebig gebolzt. Eric leistete Hausdienste und fehlte bei keinem Arbeitsdienst.

Während der Woche war er mittwochabends in der Volleyballgruppe aktiv. Eric nahm rege am Vereinsleben teil und bereicherte als Kulturreferent die Arbeit des Ortsgruppenvorstandes.

Aus beruflichen und privaten Gründen beteiligte Eric sich seit längerer Zeit zwar nicht mehr aktiv in der Ortsgruppe. Er blieb den NaturFreunden aber weiterhin eng verbunden.

8. Mai - Nie wieder Krieg - nie wieder Faschismus

Im letzten Jahr konnte aus Anlass des 75. Jahrestags der Befreiung vom Faschismus nur eine kleine Kundgebung stattfinden. Wir hatten gehofft, dass wir 2021 die ursprünglich geplante Friedensfeier machen können. Das ist leider nicht möglich. Eine Vorbereitungsgruppe hat mehrfach digital beraten. Geplant ist eine Demonstration vom Aliceplatz zum Ledermuseum. Dort soll es eine Kundgebung geben. Weitere kleinere Veranstaltungen rund um den 8. Mai sind auch in Vorbereitung. Was konkret stattfinden kann, hängt mit der Entwicklung der Corona-Pandemie zusammen. Wir informieren euch rechtzeitig über unseren Newsletter.



Demo zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

ThemenAbend - draußen

Historisches rund um den Bieberer Berg

Ob, wie und wann wir unsere ThemenAbende im Gärtnerhäuschen wieder aufnehmen können, ist alles andere als absehbar - was aber spricht gegen einen solchen Abend im Freien, um das Gärtnerhäuschen herum? Jedenfalls haben wir einen solchen jetzt erst mal geplant, und zwar für

Mittwoch, 9. Juni - 19 Uhr - vor dem Gärtnerhäuschen

nach dem Motto: "Altes" rund um den Bieberer Berg - das für viele auch neu sein dürfte.

Der Juni bringt lange Tage mit sich - das ist passend, denn mit etwa eineinhalb Stunden Dauer und etwas mehr als zehn Stationen können wir das längere Tageslicht gut gebrauchen; immerhin führt uns der Weg u. a. bis zur (wenn auch ehemaligen und nur kurzfristigen) Grenze nach Bayern - und lässt auch den "Schweinekrieg" zwischen Offenbach und Bieber nicht aus.

Die Führung ist neu überarbeitet - auch Genoss*innen, die z. B. schon die Führung zum Natur-Freundetag 2014 oder die zum 100-ten Jahrestag der Revolution von 1918 teilgenommen haben, werden sicherlich noch das eine oder bisher Unbekannte erfahren ...

und nicht zuletzt: Man sieht sich mal wieder. Dass wir auf die notwendigen Hygiene-Maßnahmen achten und jeder Mensch einen Munsch (Mund- und Nasenschutz) dabei hat, setze ich bei Natur-Freund*innen einfach mal voraus.

Sehen wir uns? - Wir sehen uns!!

Günter Burkart



Der DGB Offenbach hat für dieses Jahr wieder eine öffentliche Demonstration und Kundgebung zum 1. Mai angemeldet.

Ablauf:

11:00 Uhr Demonstration vom Gewerkschaftshaus, Berliner Straße 220-224

12:00 Uhr Kundgebung auf dem Wilhelmsplatz

Mairede: Holger Renke, Betriebsrat Sana-Klinikum

Grußwort: Felix Schwenke, Oberbürgermeister der Stadt Offenbach

Cubanische Expressionen | Geburtstage





Kann leider noch nicht stattfinden!

Cubanische Expressionen

Im "Bläddsche" 1. Quartal 2021 hatten wir eine Bilder - Foto - Ausstellung von Reiner Peters Ackermann für Ende Februar / Anfang März 2021 angekündigt.

Wegen Corona müssen wir unser Vorhaben leider auf einen späteren Zeitpunkt verschieben. Da uns auch die Räumlichkeiten nur bis Ende März zur Verfügung stehen, müssen neue gefunden werden. Wer hierzu eine Idee hat möge sich bitte bei uns melden. Wir sind für Unterstützung dankbar.

Wer sich zwischenzeitlich über die aktuelle Situation in Kuba informieren möchte - über die wirtschaftliche Situation - über den Umgang mit Corona im eigenen Land - über die erwiesene Solidarität z. B. von Ärzten in Zeiten der Corona Pandemie in Italien und anderen Ländern - über die seit nunmehr 60 Jahre anhaltende Blockade der USA und die Verschärfung von Sanktionen seit Oktober 2020, der findet im Netz mehr als genug Links und Hinweise. Sucht und macht euch selbst ein Bild.

Z. B. findet ihr unter www.change.org/cuba einen Aufruf von Künstlerinnen und Künstlern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, der fordert, die Blockade zu beenden.

Geburtstage

Im 2. Quartal feiern folgende Mitglieder einen "runden" Geburtstag (wie immer erst ab 60):

Kress, Peter 65 Jahre am 2. April

Borchers, Peter 75 Jahre am 6. April

Hakenberg, Gaby 70 Jahre am 9. April

Tollowski, Günter 80 Jahre am 18. April

Fuchs, Heike 60 Jahre am 30. April

Balk, Ulrike 60 Jahre am 9. Mai

Hauschild Dietmar 75 Jahre am 12. Mai

Brinkmann, Margit 65 Jahre am 13. Mai

Hertsch, Karl-Heinz 60 Jahre am 16. Mai

Eitelmann-Graeff, Johanna 75 Jahre am 22. Juni

Und wir gratulieren

Jäger, Theo zum 10. Geburtstag am 11. Mai

Jäger, Paula zum 18. Geburtstag am 13. Mai

Wir wünschen euch allen einen schönen Geburtstag.





"Jugend unterm Hakenkreuz"

3-tägige Jugendfreizeit auf der Günthersmühle Jetzt am Wochenende 25. Juni ab 18 Uhr bis 27. Juni um 14 Uhr

Als Jugendliche*r in der Zeit der NS Diktatur zu leben bedeutete die individuelle Freiheit, die wir heute gewohnt sind, aufzugeben. Sport, Musik machen und viele Hobbys, die man ausüben wollte, gingen nur noch in der Hitlerjugend (HJ) oder bei dem Bund Deutscher Mädel (BDM).

Alle Organisationen und Vereine, die Jugendliche ansprachen, waren verboten oder in die HJ oder den BDM eingereiht. Dies bedeutete ab Kindesalter den Anforderungen der Nazis ausgesetzt zu werden. Die Jungs sollten die besten Soldaten werden, die Mädchen gute Mütter und Gebärmaschinen für neue Soldaten.

Wie sah die Jugendzeit in der Nazi-Diktatur aus? Und wie fühlte sie sich an?

Bei unserer Jugendfreizeit auf der Günthermühle wirst du in Workshops selbst als Forscher*in aktiv. Du untersuchst mit anderen Lebensgeschichten von jungen Menschen im 3. Reich. Und du erfährst von einem*einer Zeitzeug*in, wie es war, während der Nazi-Herrschaft jugendlich zu sein.

Darüber hinaus kannst du ein Wochenende in der Natur um das Naturfreundehaus Günthersmühle genießen, das Angebot an frisch zubereitetem Essen (auch vegetarisch oder vegan bestellbar) schmecken lassen und die Abende mit neuen Freunden am Lagerfeuer beenden.

Über Eure Anmeldung freut sich Gerald Reisert. Meldet Euch unter: gerald.reisert@online.de





Das nächste Bläddsche erscheint Anfang Juli 2021 Redaktionsschluss ist der 01. Juni 2021

Impressum

Redaktion:

Johannes Borst-Rachor, Günter Burkart, Gabi Herbert, Brigitte Jäger, Iris Rebaudo, Sybille Schäfer

Redaktionsanschrift: fgoeffentlickeit@naturfreundeoffenbach.de

Beitragskonto:

Städt. Sparkasse Offenbach BIC; HELADEF1OFF - IBAN: DE35 5055 0020 0009 0053 90

Vereinskonto:

Städt. Sparkasse Offenbach BIC; HELADEF1OFF - IBAN: DE48 5055 0020 0009 0055 44

Günthersmühle-Konto:

Städt. Sparkasse Offenbach BIC; HELADEF1OFF - IBAN: DE 23 5055 0020 0009 0023 08

1. Vorsitzender der OG:

Johannes Rachor borst-rachor@t-online.de

Hausbelegung

Günthersmühle: Tina Flügge Tel.: 02324/73061 mittwochs und donnerstags von 10 bis 15 Uhr guenthersmuehle@t-online.de

NFH Günthersmühle:

Günthersmühle 1 63599 Biebergemünd/Kassel Tel.: 06050 / 7066

Internet-Homepage:

www.naturfreunde-offenbach.de

Facebook:

NaturFreunde Offenbach

Mitgliederverwaltung:

naturfreunde.offenbach@ t-online.de



"Bilder sagen mehr als 1000 Worte" heißt es ...

Weitere Eindrücke auf unserer Homepage ...









